Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 125 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.

Morgen-Ausgabe
Montag, 17. März

Anzeigenpreis: Kleine Inseraten je Zeile 80 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei vorherfreier Kasse.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, nachts von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Ergebnis der Arbeiterratswahlen in Halle

Halle a. S., 17. März.

Bei der gestrigen Wahl zum Großen Arbeiterrat erhielt die

Bürgerliche Liste	10 767 Stimmen,
die Liste der Mehrheitssozialisten:	3 756 „
die Liste der Unabhängigen.	11 557 „

Zwei Wahlbezirke stehen noch aus. Von den 85 Sitzen im Großen Arbeiterrat erhalten voraussichtlich

die Bürgerlichen	35 Sitze,
die Mehrheitssozialisten	12 „
die Unabhängigen	38 „

Von bürgerlicher Seite werden demnach als gewählt gelten:

1. Sperl, Hermann, Eisenbahnbetriebssekr., Halberstädter Straße 7; 2. Leidenfrost, Paul, Handlungsgehilfe, Glaucha Str. 11; 3. Gerhardt, Wilhelm, Schmied, Dieselauer Straße 14; 4. Scheffel, Hans, Ingenieur, Beesener Str. 61; 5. Kirchhof, Paul, Verwaltungsbeamter, Mansfelder Str. 52; 6. Cyani, Otto, Lademeister, 3. Vereinsstr. 5; 7. Delius, Paul, Postsekretär, Rudolf-Haym-Str. 13; 8. Prang, Edgar, Abteilungsvorsteher, Pfännerhöhe 12; 9. Schaarschmidt, Armin, Oberpostsch., Thomasiusstr. 14; 10. Behse, Margarete, Buchhalterin, Steinweg 48; 11. Bender, Wilhelm, Magistratsassistent, Kleiststr. 7; 12. Wegenau, Hans, Handlungsgehilfe, Wittestr. 25; 13. Herbst, Otto, Lehrer, Gr. Brauhausstraße 4; 14. Nagel, Richard, Einkäufer, Beesener Str. 70; 15. Helms, Carl, Schriftleiter, Hackebornstr. 3; 16. Petry, Heinrich, Stadtbauinspektor, Forstkr. 66; 17. Heine, Wilhelm, Oberingenieur, Forstkr. 65; 18. Frankenstein, Albert, Schlosser, Pfännerhöhe 30; 19. Gutbrod, Siegmund, Abteilungsvorsteher, Gräfestr. 18; 20. Valentin, Paul, Lokomotivführer, Hardenbergstr. 12; 21. Bretschneider, Kurt, Amtsbeamter, Gittchenstr. 14; 22. Kaufmann, Otto, Wagenbauer, Wolfstr. 15; 23. Müller, Bernhard, Versicherungsbeamter, Wittestr. 3; 24. Keusen, Karl, Eisenbahntechniker, Pfännerstr. 29; 25. Seiße, Arno, Fleischer, Saalbeck 19; 26. Salchow, Paul, Maschinenmeister, Magdeburger Str. 17; 27. Hatop, Wilhelm, Postrat, Mühlweg 38; 28. Möbius, Otto, Zollassistent, Beesener Str. 65; 29. Pulkowski, Alfred, Bahnhofshilfe, Glauchaer Str. 59; 30. Behrend, Franz, Handlungsgehilfe, Nickel-Hoffmann-Str. 4; 31. Dietrich, Walter, Bahn. Eisenbahnobersekretär, Südstr. 59; 32. Steinecke, Otto, Ingenieur, Lauchstedtstr. 4; 33. Bretschneider, Otto, Eisenbahnassistent, Forstkerstr. 44; 34. Allstedt, Kurt, Steuersekretär, Heinrichstr. 6; 35. Lehmann, Fritz, Bankbeamter, Wilhelmstr. 1.

Die Mehrheitssozialisten werden folgende Vertreter in den Arbeiterrat entsenden:

1. Kleeis, Friedrich, Arbeitersekretär; 2. Vetter, Reinhold, Dreher; 3. Chemnitz, August, Buchdrucker; 4. Dürrfeld, Paul, Oberpostschaffner; 5. Witters, Kurt, Schlosser; 6. Grauenhorst, Werner, Magistratsbeamter; 7. Möbius, Minna, Buchhalterin; 8. Müller, Albert, Bohrer; 9. Dölz, Hermann, Krankenkassenangestellter; 10. Täumel, Paul, Former; 11. Wilke, Paul, Volksschullehrer; 12. Wilpert, Philipp, Fischer.

Die „unabhängigen" Spartakuden haben die nächststehenden Genossen im Großen Arbeiterrat sitzen:

1. Osterburg, Wilhelm, Korrektor; 2. Reimand, Paul, Parteisekretär; 3. Kilian, Otto, Redakteur; 4. Kürbs, Paul, Hobler; 5. Krüger, Hedwig, Schneiderin; 6. Hildebrandt, Julius, Parteisekretär; 7. Lohse, Robert, Dreher; 8. Jentsch, Hermann, Schlosser; 9. Günther, Franz, Schriftsetzer; 10. Hennig, Georg, Mechaniker; 11. Kunz, Anton, Schneider; 12. Rost, Paul, Schlosser; 13. Rhein, Richard, Tischler; 14. Schmidt, Paul, Kaufmann; 15. Schöppe, Julius, Bauarbeiter; 16. Hennicke, Julius, Tischler; 17. Wetzler, Otto, Kaufmann; 18. Wolf, Heinrich, Maurer; 19. Portius, Willi, Metallarbeiter; 20. Weißing, Otto, Feuerwehrmann; 21. Bonitki, Paul, Lagerarbeiter; 22. Schmidt, Marie, Arbeiterin; 23. Kohl, Walter, Kernmacher; 24. Hennig, Johannes, Former; 25. Emmerich, Wilhelm, Arbeiter; 26. Schimpf, August, Hilfsschaffner; 27. Köhler, Willi, Former; 28. Gießler, August, Arbeiter; 29. John, Alfred, Straßenbahnangestellter; 30. Koch, Hermann, Bergarbeiter; 31. Peter, Albert, Schmied; 32. Berger, Ernst, Feuerwehrmann; 33. Stutzer, Paul, Former; 34. Fehse, Martha, Waschfrau; 35. Schneppe, Ernst, Former; 36. Weber, Hermann, Lagerhalter; 37. Timmler, Emil, Arbeiter; 38. Teuscher, Eugen, Schauspieler.

Die Arbeiterratswahlen haben für das Bürgertum ein überraschend gutes Ergebnis gebracht. Wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der gegen Gehalt oder Lohn tätigen Personen (und damit der Wahlberechtigten) in der Arbeiterschaft bedeutend größer ist als im Bürgertum, da in einer Arbeiterfamilie in der Regel mehr als nur eine Person gegen Lohn beschäftigt ist, oft sogar 4 bis 6 Personen, während auf eine bürgerliche Familie meistens nur 2 gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen entfallen, so muß man anerkennen, daß die Wahlbeteiligung im Bürgertum zum mindesten nicht schlecht gewesen ist. Der Ausfall dieser Wahl beweist aber auch, welches günstige Resultat für das Bürgertum die Stadtverordnetenwahlen hätten bringen können, wenn diese unter normalen Umständen sich vollzogen hätten. Mit der Terrorisierung der Hallischen Bevölkerung durch die gewalttätige Kilianguppe wird es nunmehr vorbei sein, denn es steht zu erwarten, daß die verständigen Vertreter der Mehrheitssozialisten nicht den „unabhängigen" Spartakuden bei der Vernichtung von volkswirtschaftlichen Werten Hilfe leisten und deshalb wohl manches Wegstück mit den bürgerlichen Abgeordneten zusammengehen werden. Wenn „Genosse" Kilian jetzt über die ihm entschwundene „vollziehende Gewalt" wehklagen sollte, dann wird ihn gewiß der „Schauspielergenosse" Eugen Teuscher, Obmann des Ortsverbandes Halle der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, poesievoll zu trösten wissen, auf dessen Veranlassung wohl die Mitglieder des Stadttheaters die Revolution bei jeder sich bietenden Gelegenheit so stilvoll begrüßt haben. Es war allerdings reichlich unvorsichtig von den „unabhängigen" Spartakuden, den „Genossen" Teuscher erst an 38. Stelle auf ihre Liste zu setzen, denn wie leicht hätte er so auch nicht gewählt werden können! Der Ausfall der Arbeiterratswahlen gibt denen um Kilian jedenfalls Veranlassung, in Zukunft den Mund etwas weniger voll zu nehmen als bisher. Selbst damit dürfte schon viel gebessert sein.

Die Tagesordnung des Rätekongresses

W. T. B. Berlin, 16. März.

Der Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik gibt bekannt: Die vorläufige Tagesordnung des Räte-Kongresses lautet:

1. Bericht des Zentralrats, Referent R. Leinert,
2. Der Aufbau Deutschlands und das Rätesystem, Ref. Max Cohen,
3. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, Ref. Karl Kautzky,
4. Neuwahl des Zentralrates.

Alle den Räte-Kongreß betreffenden Anfragen sind an die Kongreß-Kommission des Zentralrates, Berlin, Fernhaus, zu richten. Richtlinien für die Wahl, über die Wahlkreiseinteilung sind ebendort erhältlich.

Die preußische Landesversammlung unter dem Schutze von Handgranaten!

Kein Ruhmestag für Preußen, weder für das „alte Preußen", das nach dem Worte des Ministerpräsidenten Hirsch tot sein soll, noch für das „neue Preußen", das er leben ließ, war der 13. März, der die erste Sitzung der verfassunggebenden Landesversammlung Preußens brachte. Schon äußerlich, an der Prinz Albrecht-Straße war das Bild, das sich der Bevölkerung der Hauptstadt bot, derartig, daß mancher den Kopf schüttelte und allenthalben die in letzter Zeit in Berlin so oft gehörte Aeußerung fiel: Früher war es doch anders! Stahlhelme, Schießgewehre und Handgranaten gehörten sonst nicht zu dem Apparat der Landtagseröffnung. Jetzt starrte es überall von Feldgrauen, die bewaffnet bis an die Zähne die Straßen, die dem Landtag gegenüberliegenden Museumsgebäude, Eingänge und Höfe des Landtags selbst, kurz jeden nur benkbaren Platz in der Nähe der Landesversammlung besetzt hielten. Straßensperrung in weitestem Umfange bis an die Königgräber- und Wilhelmstraße hielten „das Volk" völlig fern; nur in beschränktem Maße waren Karten zum Besuch des Landtagsgebäudes ausgegeben, und auch diese begünstigten Auserwählten mußten sich einer handgreiflichen Leibesuntersuchung unterwerfen, ehe sie in den Tempel der „neuen Freiheit" eingelassen wurden. Es waren geradezu unwürdige Verhältnisse, unter denen die verfassunggebende preußische Landesversammlung zusammentrat, zusammentreten mußte. Denn diese befremdlichen Vorkehrungen waren ja für notwendig befunden bei den Zuständen, wie sie im Berlin der Revolution herrschen, angesichts der Drohungen der Spartakisten, diesen Tag zu einem neuen großen Putsch zu benutzen. Es blieb zwar alles ruhig, so daß die Straßensperre später aufgehoben wurde, aber das militärische Bild vor dem Gebäude blieb und mit ihm der niederdrückende Eindruck einer tieftraurigen Veränderung in unseren Verhältnissen.

Und drinnen im Sitzungssaal hielt, wie zum blutigen Hohn auf all dies, Ministerpräsident Hirsch eine phrasengeschwollene Rede zur Verherrlichung der „demokratischen Errungenschaften der Revolution, die keine Macht der Welt je imstande sein werde, wieder zunichte zu machen!" Der Vertreter der sozialistischen Regierung, die sich in Spaa fortgesetzt vor dem Uebermut des äußeren Feindes beugen muß, und im Innern immer wieder mit den aufständischen Kommunisten verhandelt, sucht so mit den hohlen Schlagworten das Volk oder wenigstens sich selbst über die Tatsachen zu täuschen! „Das Volk", ruft er in den Saal, „hat seine Ketten gesprengt und ist entschlossen, selbst sein Geschick in die Hand zu nehmen!" Standrecht! Handgranaten! Lichtenberg! antworten mit bitterem Spott die Unabhängigen. Und so geschieht es bei jeder der Phrasen, mit denen der Ministerpräsident um sich wirft, wie ein Tertianer, der den ersten Aufsatz zusammendrechselt. „Wir nehmen", so behauptet Hirsch unter dem Hohnlachen der Unabhängigen weiter, „die herrenlose Staatsgewalt an uns, um das Chaos, die völlige Auflösung von Staat und Gesellschaft zu verhüten." Und dabei berichten die Zeitungen, auch die Organe dieser Regierung, Tag für Tag seitenlang über die Verwirrung, die überall eingerissen ist, seit die Revolution die Ordnung des alten „Obrigkeitsstaates" zerstört hat, und immer dringlicher wird das Bürgertum zur Selbsthilfe aufgerufen, weil die sozialistisch-demokratische Regierung der Schwierigkeiten nicht Herr werden kann, weil sie die von ihr selbst gerufenen Geister der Unordnung, des Fanatismus und der Verwilderung nicht zu bannen vermag. Wenn der Zustand des Landes nicht so tief traurig wäre, müßte es einen Sturm der Heiterkeit erregen, wenn Herr Hirsch erklärt: „Wir wollen Preußen aus einem der politisch rückständigsten zum freiheitlichsten und vorgeschrittensten Staate der Welt machen." Und wenn er den „Geist der Freiheit, der Ordnung und Arbeit" aufruft, der unter einer Aegide „noch einmal der deutschen Nation und ihrer künftigen friedlichen Größe dienen soll." Man kann dem jetzt plötzlich wieder aufgetauchten Adolf Hoffmann ganz ausnahmsweise einmal zustimmen, wenn er zu dieser großartigen Schlußphrase den Zuruf machte: „Die Botschaft hören wir wohl —!" Ja, der Glaube an diese Regierung, an ihre Worte, ihre Verheißungen, an ihre gesamte Zukunft fehlt jedem Preußen, dem nicht der klutige Nebel der Revolution den Blick gänzlich getrübt hat. Ein einziger Satz in der gesamten Rede Hirschs war völlig einwandfrei, und auch er nur, wenn man ihn anders nimmt, als er gemeint war. Der Ministerpräsident betonte unter anderem: „Mit Gewalt hat Preußen einst das Reich zusammengeschmiedet, die Gewalt ist zerbrochen." Ja, die Gewalt Preußens, Deutschlands ist zerbrochen, durch den Verrat der Revolution am Vaterlande, so völlig zerbrochen, daß die verfassunggebende preußische Landesversammlung nur noch unter dem Schutze von Stahlhelmen und Handgranaten zusammentreten konnte!

Von den Wänden der preußischen Landstube in Berlin starren die Bilder der alten Dome von Breslau und Königsberg, von Frankfurt und Köln sicher verwundert hinunter in den Saal. Was sich da zusammendrängt, das ist nicht mehr Preußen. Das sind zum allergeringsten Teil Männer, die mit dem Staate Friedrichs des Großen und Wilhelms des Ersten mit Leib und Seele verwachsen sind. Nicht mehr des Landes Wohl und Wehe wird beraten, sondern es geht um die Herrschaft einer Klasse, um die Diktatur entweder der Knallroten oder der Hellroten.

Der Tag des Zusammentritts der preußischen Landesversammlung entbehrte diesmal jeder Weihe, die wir sonst gewohnt waren: kein Gotteshaus bereinte die Landboten vor Eröffnung ihrer Sitzungen zu stiller Einkehr, und während früher der Erbe der ruhmreichen fünfhundertjährigen Zollerngeschichte in der Thronrede den Abgeordneten seinen königlichen Gruß und seine Wünsche zu des Landes Wesem entbot, verlas diesmal ein jüdischer Minister namens der regierenden Sozialdemokratie eine phrasenreiche und doch schmunglose Verteidigung der Revolution und Verherrlichung des Sieges der Massen über den alten Preußenstaat. Am zweiten Tage aber ward bereits das Kaiserletheater im hohen Hause aufgetan: mit Keulen und mit Pritschen schlagen ein Knallroter und ein Hellroter auf einander los, ringen Adolf Hoffmann und Wolfgang Heine um den Beifall.

Es ist ein jämmerlicher Irrtum, wenn das preußische und das deutsche Volk meint, in diesen Redekämpfen spiele sich Weltgeschichte ab. Und es ist eine gefährliche Einschläferung der Geister, wenn man behauptet, die Keulenhiebe, die der Regierungssozialdemokrat dem Unabhängigen versetzte, seien eine erlösende Tat, der auch das Bürgertum zujubeln könne. Man kann den Umsturz nie totreden. Sonst hätte das schon in der Aera Bülow geschehen müssen, wo als Kanzler ein prächtiger Schönredner seine stilistischen Finten schlug. Das ist alles Theater. Geschichte aber machen nur Taten. In Weimar haben wir genau dieselben Reden von Heine und Scheidemann, von Noske und Landsberg gegen die Unabhängigen und Spartakisten gehört, aber als diese zu neuen — verbrecherischen — Taten schritten, den Generalstreik in Mitteldeutschland und in Berlin entfesselten, da gaben alle die Schönredner, die so wundervoll in Ironie und Entrüstung zu machen verstanden, sofort klein bei. Was kurz zuvor als Irrsinn bezeichnet worden war, die voreilige Sozialisierung, das wurde sofort zur „Herzenssache" der Regierung: man gab wieder ein Stück des deutschen Wohlstandes, man gab wieder ein Instrument zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft dahin, um die Massen für den Augenblick zu befriedigen.

In der preußischen Landstube ist es nun nicht viel anders als in dem Reichsparlament. Niemand denkt daran, die wirklichen Nöte Preußens zu beheben. Das Kaiserletheater ist wichtiger. Man berauscht sich, wo staatsmännische Taten fehlen, an der staatsmännischen Geste; man redet sich betrunken. Es ist seit 1847, seit es einen preußischen Landtag gibt, unendlich viel nüchterne Arbeit zu des Landes Vorteil in diesem Hause geleistet worden. Trotz aller sogenannten „Dreiklassenschmach". Diese „Schmach" ist jetzt dahin. Wir haben ein preußisches Parlament, das ein genauer Ausschnitt aus dem Reichsparlament ist, — und wir haben hier nun auch genau denselben schwatzhaften „Geist" wie dort.

Preußens Fahnen sind von den sozialdemokratischen „Roten Garden" der Deserteure und Verschwörer in den Staub getreten. Preußens Ehre und Preußens Grenzmarken werden dem Feinde hingeworfen. Preußens Arbeitssinn wird durch die Prämiierung der Arbeitsverweigerer ertötet. Und Preußens Kraft der Wiedergeburt, die immer wieder in den dunkelsten Zeiten unserer Geschichte das Reich aufrichtete, ist in diesem Hause ein Spott der Unmündigen, derer, die die Reife besessen haben und besitzen werden, die aus der Kenntnis der Geschichte und aus der Vermertung ihrer Lehren stammt. Ein geschichtsloser Haufen von Menschen produziert sich hier nicht für Preußen, sondern für den Stimmzettel; Wortakrobaten und Meinungsathleten führen ihre Kämpfe auf — und wir verlieren . . . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903171-19/fragment/page=0001

Briefwechsel zwischen Ludendorff und Scheidemann

Zur Vorgeschichte des Waffenstillstandsangebots

In der Sonntag-Morgennummer der Hallescher Zeitung veröffentlichten wir bereits einen Auszug aus dem nachstehenden Briefwechsel, der seiner Wichtigkeit wegen nunmehr im Wortlaute folgt. Die Briefe Ludendorffs enthalten bemerkenswerte Einzelheiten über das Waffenstillstandsangebot und lassen die Handlungsweise Scheidemanns in hohem Grade illoyal und unfair erscheinen. Aus der Antwort Scheidemanns ist nur bemerkenswert, daß in Kürze eine Veröffentlichung der mit dem Waffenstillstand zusammenhängenden Dokumente erfolgen soll.

General Ludendorff schrieb unter dem 28. Februar 1919 an den Reichsministerpräsidenten Scheidemann:

Herr Ministerpräsident!

Nach meiner Rückkehr nach Deutschland erfahre ich Einzelheiten über Euer Exzellenz Aussprüche über mich und Ihren Schriftwechsel mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Euer Exzellenz haben als Hazardeur einen Mann bezeichnet, der alles auf eine Karte setzt, ohne die Folgen zu bedenken, die ein Verlagen dieser Karte nach sich zieht. Ein solcher Hazardeur sei ich gewesen. Ich muß gegen diese Auffassung bestimmt Einspruch erheben. Meine Entscheidungen haben sich stets auf gewissenhafte Erwägungen aufgebaut. Gewiß habe ich auch Hohes wagen müssen. Das war in einem Kriege, den Deutschland mit seinen Verbündeten gegen eine starke Ueberlegenheit zu führen gezwungen war, leider nicht anders möglich. Es lag in der Natur dieses Krieges und genügt nicht, einen Mann an den Pranger zu stellen.

Zur Bestätigung Ihrer Auffassung erklärten Eure Exzellenz, es stehe aktenmäßig fest, daß ich selbst am 1. Oktober 1918 geäußert habe:

„Ich komme mir vor wie ein Hazardspieler."

Darauf habe ich zu erwidern: Ich habe damals Vertretern der Regierung gegenüber unsere militärische Lage dargelegt, die mich veranlaßte, die Reichsleitung um Einleitung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu ersuchen. In diesem Zusammenhange habe ich geäußert:

„Ich käme mir wie ein Hazardspieler vor, wenn ich jetzt nicht auf Beendigung des Krieges drängte." Ich mag auch gesagt haben: „Ich komme mir wie ein Hazardspieler vor; darum dränge ich auf die Einleitung der Verhandlungen."

Jedenfalls war der klare Sinn meiner Worte immer der:

Ich will nicht Hazardspieler sein, will nicht alles auf eine Karte setzen, dazu ist meine soldatische Auffassung zu ernst.

Wie ich über den Krieg dachte, für dessen Führung ich seit August 1916 mit die Verantwortung trug, ersehen Eure Exzellenz aus anliegendem Interview. Meine Absicht war es nicht, jetzt schon hervorzutreten. Ich habe auf alle Angriffe und Kränkungen geschwiegen. Ich hätte auch jetzt noch geschwiegen, aber Euer Exzellenz ungeheuerlicher Vorwurf, mit dem mir anvertrauten Schicksal des deutschen Volkes wie ein Spieler vorgegangen zu sein, zwingt mich zur Abwehr.

Ich darf Sie bitten, Herr Ministerpräsident, bei einer der nächsten Gelegenheiten Ihre Aeußerungen über mich in aller Form richtigzustellen. Darüber hinaus aber richte ich an Eure Exzellenz hiermit das Ersuchen, mir, sobald die Reichsregierung den Zeitpunkt für gekommen hält, Gelegenheit zu geben, vor einem Staatsgerichtshof für mein Wollen und Handeln einzutreten.

Ich bin Euer Exzellenz

Ergebener

gez. Ludendorff.

Ministerpräsident Scheidemann antwortete hierauf unterm 5. März 1919:

Eure Exzellenz

bestätige ich den Empfang Ihres Schreibens vom 28. 2. Auf die Angelegenheit nochmals zurückzukommen, erübrigt sich für mich. Ich verweise als eine vorläufige Antwort auf die beiliegende, durch W. T. B. bewirkte Veröffentlichung. Ein endgültiges Bild der Haltung Eurer Exzellenz in der Waffenstillstandsfrage wird sich aus den Dokumenten ergeben, welche die Reichsregierung in Kürze veröffentlichen wird und die den Inhalt der Akten von Oktober-November 1918 umfassen werden.

Der Wunsch Eurer Exzellenz, vor einem Staatsgerichtshof für Ihr Wollen und Handeln einzutreten, könnte erst erfüllt werden, wenn die endgültige Verfassung und damit auch der in ihr vorgesehene Staatsgerichtshof beschlossen werden wird.

Ich bin Euer Exzellenz ergebener

gez. Scheidemann.

General Ludendorffs Antwort vom 12. 3. 1919 lautete:

Herr Ministerpräsident!

Eurer Exzellenz Schreiben vom 5. 3. habe ich erhalten. Ihre Antwort genügt mir nicht. Es handelt sich nicht lediglich um meine Haltung in der Waffenstillstandsfrage, es handelt sich um den schweren Vorwurf, den Krieg wie ein leichtfertiger Spieler geführt zu haben. Auf meinen Einspruch vermögen Euer Exzellenz nichts zu erwidern. An der Tatsache, daß Sie meine Bemerkungen über den „Hazardspieler" genau in das Gegenteil von dem verkehrt haben, was ich gesagt habe, sehen Euer Exzellenz vorbei.

In Ihrer „vorläufigen Antwort", der W. T. B.-Veröffentlichung vom 4. März, wird von einem „Geständnis" meinerseits gesprochen, obwohl Euer Exzellenz wie alle amtlichen Stellen wissen, daß ich mich stets dazu bekannt, ja sogar zur Erklärung meines Tuns auf die Feststellung immer besonderen Wert gelegt habe, vom August 1918 ab für die Beendigung des Krieges, die ich im übrigen stets gewünscht habe, eingetreten zu sein, wozu ich durch die Erkenntnis veranlaßt war, daß trotz meines jahrelangen Ringens mit Berlin das Heer an der Front von der Heimat nicht nur nicht die Kraft erhielt, deren es bedürfte, sondern daß es sogar unterwühlt war. Es ist daher irreführend, von einem „Geständnis" zu sprechen.

Zu den von der amtlichen Darstellung unterschiedenen drei Stadien der Geschichte des Waffenstillstandsangebotes habe ich das Folgende zu sagen:

Zu 1. Ich habe auf sofortige Herausgabe des Friedensangebotes erst gedrängt, als ich erkennen mußte, daß der mir angegebene Termin nicht innegehalten wurde. Gründe: Die Lage konnte schlechter werden; je schlechter aber die operative Lage, um so schwerer mußten die Bedingungen werden. Und dann: Nachdem ich mich im harten Kampf zu der Ueberzeugung durchgerungen hatte, daß der Vernichtungswille der Gegner nicht mehr zu brechen und eine Beendigung des Krieges auf andere Weise nicht zu erreichen sei, war weiteres Zögern nicht zu verantworten. Das Blut, das an der Front floß, wog schwerer, als alle kleinlichen Schwierigkeiten, die die Bildung der neuen Regierung hinschleppten. Die Telegramme der Legationsräte Grünau und Lersner beweisen nichts dagegen: ich darf aber wohl erwarten, daß die angekündigte Denkschrift nicht nur Aeußerungen von Regierungsorganen, die mir vor ihrem Abgang nicht vorgelegen haben, wiedergibt, sondern vor allem die unmittelbaren Mitteilungen der Obersten Heeresleitung an die Reichsregierung, also meine Ausführungen vom 29. September in Spaa, den Vortrag des Majors Freiherrn von dem Busche vom 2. Oktober und das Votum des Herrn Generalfeldmarschalls von Hindenburg vom 3. Oktober. Aus alledem geht klar hervor, daß ich niemals die Kapitulation, den Frieden um jeden Preis gefordert habe. Darauf aber allein kommt es an.

Zu 2. Da Euer Exzellenz der Kabinettssitzung, am 17. 10. beigewohnt haben, dürften Euer Exzellenz wissen, daß ich weder das Votum abgegeben habe, die deutsche Front habe besser gehalten, als ich vor zwei Wochen gedacht, noch die Aeußerung getan habe, ich vertraue für die Fortführung des Krieges mehr noch als auf den Menschenersatz auf mein Soldatenglück. Ich habe vielmehr auf eine Reihe formulierter Fragen folgendes erwidert:

„Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gerichtet, die präzise zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Kriege eine Menge Wahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie es gehen würde, ob Rennenkampf marschieren würde oder nicht. Er ist nicht marschiert und die Schlacht wurde gewonnen. Es gehört zum Krieg Soldatenglück. Vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder ein Soldatenglück. Ich kann Ihnen nur meine Ueberzeugung sagen. Die Verantwortung dafür, was ich sage, trage ich und habe sie getragen vier lange schwere Jahre."

Euerer Exzellenz müßte es schließlich auch bekannt sein, daß ich am 17. Oktober den Abbruch der Verhandlungen überhaupt nicht gefordert, sondern im Gegenteil klipp und klar verlangt habe: „Nicht abbrechen mit Wilson! Wir müssen, wenn irgend möglich, zu Verhandlungen kommen. Aber keine Bedingungen, die uns wehrlos machen! Keine Preisgabe des U-Bootkrieges! Darf ich Euer Exzellenz daran erinnern, daß der Staatssekretär Haußmann, der Ministerpräsident Friedberg und der Vizekanzler von Payer über die Beantwortung der Note und die Notwendigkeit, bei schweren Bedingungen weiterzukämpfen, ebenso sprachen wie ich? Daß ich Herrn von Payer erwidern konnte: Der Vizekanzler hat mir aus der Seele gesprochen. Und darf das deutsche Volk erfahren, wie es kam, daß trotz dieser Erklärungen der Vertreter des Volkes, trotz des Admirals Scheer und meines schärfsten Widerspruchs der U-Bootkrieg fiel, der Weg zur Kapitulation beschritten wurde?

Zu 3. In diesem Stadium war ich nicht mehr I. Generalquartiermeister.

Ich fasse zusammen: Die Anforderung des Waffenstillstandes war schwer. Noch schwerer war seine Unterzeichnung. Zwischen Anforderung und Unterzeichnung aber liegt das Schwerste: nämlich die Tatsache, daß die Reichsleitung den von uns vorgeschlagenen und in der Reichstagsrede des Prinzen Max am 5. Oktober verkündeten Weg verlassen und trotz meines Einspruchs den der Kapitulation, des Bankerotts und des Friedens um jeden Preis gegangen ist.

Mit dieser Klarstellung ist die Angelegenheit für mich vorläufig erledigt; ein vollständiges Bild meines Handelns werden erst meine Kriegserinnerungen geben. Auf eine Richtigstellung Euerer Exzellenz Aeußerungen lege ich keinen Wert mehr. Ich hatte erwarten dürfen, daß mir nicht der Parteiführer Scheidemann, sondern der Präsident des Deutschen Reichsministeriums erwidern würde. In dieser Erwartung sehe ich mich getäuscht. Euerer Exzellenz entstellende und irreführende „vorläufige Antwort" muß ich als illoyal bezeichnen.

Ich kann nun auch kaum hoffen, daß die amtliche Denkschrift, die die weit zurückreichenden Zusammenhänge, aus denen allein mein Handeln zu erklären ist, anscheinend gar nicht berühren soll, die objektive und lückenlose Darstellung aller Vorgänge geben wird, auf die das deutsche Volk Anspruch hat.

Ich bin Euer Exzellenz

ergebener

gez. Ludendorff.

Vandalismus kriegsgefangener Offiziere

Berlin, 16. März.

Nach einem Bericht der Garnisonverwaltung Holzminden begannen die kriegsgefangenen englischen Offiziere sofort nach Bekanntgabe ihres Abschubes mit der Zertrümmerung ihrer eigenen Geräte (Porzellan, Küchengeräte usw.). Nicht zerstörte Gegenstände, Möbel usw., soweit sie nicht in dem Zimmerofen Platz gefunden hatten, wurden mit gleicher Schnelligkeit im Kasernenhofe aufgestapelt und verbrannt. Die sofort angestellten Löscharbeiten versuchten die Gefangenen durch Zerschneiden der Schläuche unwirksam zu verhindern. So gelang es ihnen, auch mehrere Schläuche zu beschädigen.

Ein ähnliches Verhalten zeigten auch die gefangenen englischen Offiziere in Clausthal. Auch in diesem Lager fand in den Tagen vor dem Abtransport der Gefangenen umfangreiche mutwillige Zerstörungen vorgenommen worden. Viele zertrümmerten Fensterscheiben, zerhauenen Tischen und Stühlen, gaben stark beschädigte Wände von der Zerstörungswut der Gefangenen Zeugnis. Der entstandene Schaden beläuft sich in Holzminden auf 2690 Mk., in Clausthal, wo es sich vorwiegend um Eigentum des Unternehmers handelt, um ca. 1500 Mark.

Kabinettssitzung

Amsterdam, 16. März.

Am Sonnabend nachmittag fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Scheidemann eine wichtige Kabinettssitzung statt, der die meisten Mitglieder des Kabinetts beiwohnten.

Wie die „Börsenzeitung" hört, trägt sich der erst kürzlich zum Staatssekretär beim Reichspräsidenten ernannte frühere Unterstaatssekretär Baake mit Rücktrittsgedanken. Von anderer Seite wird behauptet, das Rücktrittsgesuch liege bereits vor und sei sogar schon genehmigt.

Beginn der Lebensmittellieferung

Amsterdam, 16. März.

Anfang nächster Woche soll der Transport einer großen Menge kondensierter Milch und Speck von Rotterdam nach Deutschland gelangen. Ein Drittel der gesamten nach Deutschland zu liefernden Milch befindet sich schon in Rotterdam, dort sind auch mehrere 1000 Tonnen Speck aufgestapelt.

Verteilung unserer Handelsflotte

Amsterdam, 16. März.

Reuter erfährt über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, daß aus verwaltungstechnischen Gründen die ausgelieferte Tonnage unter die Alliierten verteilt werden soll. Amerika hat kein Interesse an Frachtdampfern, und denen England wahrscheinlich ¾ erhält. Zur Regelung aller diesbezüglichen Fragen wird eine alliierte Wirtschafts-Kommission wahrscheinlich in Hamburg eingesetzt werden.

Völkerbund und Friedensvertrag

Paris, 16. März.

Wilson erklärte, daß der am 25. Januar von der Friedenskonferenz gefaßte Beschluß, der bestimmt, daß der Bund der Nationen ein Bestandteil des Friedensvertrages werden soll, einen endgültigen Beschluß darstelle.

Zur Wiedereinführung der Sommerzeit

Entscheidung der Nationalversammlung.

Berlin, 15. März.

Bei einer Beratung der beteiligten Reichsministerien im Reichsministerium des Innern über die Wiedereinführung der Sommerzeit kam man überein, die Frage der Nationalversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Die heiligen Stätten den Christen!

Berlin, 15. März.

Die „Germania" meldet aus Lugano: Der Vatikan ließ den Verbandsmächten den Wortlaut der Konsistorialansprache des Papstes überreichen, in der er fordert, daß die heiligen Stätten Palästinas in christliche Hände kommen müssen.

Nachricht von Mackensen

Eine Hallenser Dame, eine nähere Bekannte des Generalfeldmarschalls von Mackensen, stellt uns nachstehende Zeilen zum Abdruck zur Verfügung, die ihr der verehrte Feldherr aus seinem Internat zugehen ließ.

Schl. Futtg, 11. Februar 1919.

Herzlichen Dank für den willkommenen Gruß vom 30. v. M., der mich heute erreichte. Meine Lage ist erträglicher, als es bei der Ferne den Anschein hat. Unterkommen und Verpflegung sind gut, die Bewegungsfreiheit zu Fuß und zu Pferde ungehindert, es fehlt auch nicht an Beschäftigung. Acht Herren meines Stabes sind noch bei mir. Aber die Vergewaltigung mitten in der Waffenruhe bleibt bestehen. Veranlassung und Zweck sind mir unbekannt und daher auch das Ende und die Zeit der erwünschten Heimkehr. Hoffentlich haben die feindlichen Kugeln Ihren mir bekannten Sohn, der Ihnen nur Freude machte, verschont. Gottbefohlen!

Aufrichtig in alter Verehrung Mackensen

Halle und Umgebung

— Der Belagerungszustand, der auch über die Umgebung von Halle verhängt war, tritt nach dem Befehle vom 15. März nicht in Kraft.

„H. Z."-Sportberichte

Spiel um den „H.-Z."-Pokal.

Favorit—Eintracht 5:0, V. S. V. Merseburg—Wacker 2:1 (nach Spielverlängerung), Borussia—Sportfreunde 3:2 (nach Spielverlängerung), Halle 96—Sportverein 98 beim Stande von 2:2 wegen Dunkelheit abgebrochen.

gg. Fußballsport in Thüringen. Hermsdorf Sportfreunde gegen Turngemeinde Gera 2:1. — Apolda: Sportklub I gegen Spielvereinigung Jena I 3:5; Preußen II gegen Turnverein II 3:0; Preußen III gegen Sportklub III 3:0. — Weißenfels: Preußen I gegen Sportklub I 1:0 (0:0). — Naumburg: Hohenzollern I gegen Sportvereinigung I 3:0. — Erfurt: Sportklub I gegen Verein für Bewegungsspiele I 10:0 (5:0). — Gotha: Sportvereinigung 1901 gegen Borussia Erfurt I 1:4. — Jena: Verein für Bewegungsspiele I gegen Sportklub Blumar I 3:6 (1:4).

In den Städten Weimar und Erfurt haben sich zwei Sportinteressen-Verbände gegründet. In Weimar wird der Jugendverband von dem bekannten Sportmann Helbig und in Erfurt von dem Turninspektor Kraehling geleitet.

— Merseburg, 16. März. (Die Wahlen zum Landeshaiterrat) finden hier am Sonntag, den 23. März statt. Der Arbeiterrat soll aus 30 Personen bestehen.

— Erfurt, 16. März. (Sieg der bürgerlichen Parteien.) Bei den Gemeindevertreterwahlen im Landkreis Erfurt gingen in 38 Wahlorten 227 Vertreter der Bauern hervor, während die linksstehenden Parteien nur 127 Sitze erhielten. Dieser Gewinn von über 100 Vertretern bedeutet einen vollen Sieg für die bürgerlichen Parteien.

Verantwortlich: Helmut Büttcher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903171-19/fragment/page=0002